



**Dr. Johannes Fechner**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Berliner Bote 10/2015

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch zu dokumentieren:

### **SPD setzt sich beim Flüchtlingsgipfel durch: mehr Geld für Kinderbetreuung und sozialen Wohnraum**

Die hohe Anzahl an Asyl- und Schutzsuchenden, die vor Krieg, Verfolgung und Not aus ihrer Heimat geflüchtet sind, stellen Deutschland und Europa auf absehbare Zeit vor große Herausforderungen. Deutschland trägt dabei im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten einen überproportionalen Anteil. Dank des überwältigenden haupt- und ehrenamtlichen Engagements tausender Menschen hat das Land diese Herausforderung angenommen und bislang nach Kräften gemeistert. Doch die Länder und Kommunen benötigen dringend Hilfe durch den Bund, um den Flüchtlingsstrom zu bewältigen.

Neben der zeitlichen Beschleunigung der Asylverfahrensdauer und dem Stellenzuwachs beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um 2500 Stellen sind aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion folgende Punkte wichtig:

**Finanzen:** Der Bund erhöht den für 2015 vorgesehenen Betrag zur Entlastung der Länder um 1 Milliarde, die über Umsatzsteuerpunkte verteilt werden. Der Bund trägt dann ab dem 1. Januar 2016 einen Teil der Kosten für den Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das BAMF. Das geschieht, indem der ermittelte durchschnittliche Aufwand pro Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 670 Euro monatlich an die Länder erstattet wird. Einbezogen sind alle Fälle, die am 1. Januar 2016 im Verfahren sind und im Laufe des Jahres ins Verfahren kommen für die jeweilige Dauer. Für das Jahr 2016 erhalten die Länder eine Abschlagszahlung. Ende 2016 erfolgt eine

personenscharfe Spitzabrechnung für 2016, die bei der für 2017 festzulegenden Abschlagszahlung berücksichtigt wird. Darüber hinaus wird den Ländern für diejenigen Antragsteller, die nicht als politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge anerkannt wurden für pauschal einen Monat ebenfalls 670 Euro erstattet.

Schließlich leistet der Bund einen Beitrag zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von 350 Millionen Euro jährlich.

Für die SPD-Fraktion war auch wichtig, dass die Einführung der Gesundheitskarte für Asylbewerber den Ländern überlassen bleibt. Der Bund schafft die dafür notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen von den Ländern verpflichtet werden können, gegen Kostenerstattung die Krankenbehandlungen bei Asylbewerbern zu übernehmen. In diesem Zusammenhang kann die Ausgabe einer elektronischen Gesundheitskarte vereinbart werden. Die Leistungen sollen sich wie bisher im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes bewegen.

**Sozialer Wohnungsbau:** Der Bund unterstützt Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Zu diesem Zweck erhöht der Bund die den Ländern zugewiesenen Kompensationsmittel in den Jahren 2016 bis 2019 um jeweils 500 Millionen Euro. Die Länder müssen, diese Mittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau verwenden. Der Bund wird zudem Kommunen und kommunalen Gesellschaften über bundeseigene Liegenschaften schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Ganz wichtig ist dabei: Wir brauchen nicht nur für Flüchtlinge mehr Wohnungsbau sondern auch für Einheimische.

**Konkret:** Gegen Widerstand aus der Union haben wir zudem durchgesetzt, dass der Bund den sozialen Wohnungsbau deutlich stärkt. Von 2016 bis 2019 wird der Bund hierfür 2 Mrd. Euro zusätzlich bereitstellen und Liegenschaften verbilligt abgeben.

**Regionalisierungsmittel geregelt:** Wir haben darüber hinaus vereinbart, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Die sogenannten Regionalisierungsmittel werden von 7,3 Mrd. Euro auf 8 Mrd. Euro jährlich erhöht und künftig um 1,6 Prozent pro Jahr erhöht. Zudem werden die Mittel für die Gemeindeverkehrsfinanzierung bis 2019 fortgeführt. Damit erhalten die Länder die notwendige Planungssicherheit für Straßenbau und den ÖPNV, was bei uns etwas für den Ausbau der Elztal- oder der Kaiserstuhlbahn von entscheidender Bedeutung ist.

## **Diskussion zum Anti-Doping-Gesetz in Freiburg**

Am 17.9. kamen auf Einladung von Gernot Erler und mir Experten zu einer Diskussion zum Anti-Doping-Gesetz in das Bürgerhaus Freiburg-Zährungen. Prominentester Gast war Justizminister Heiko Maas. Sowohl von Staatsanwalt Christoph Frank als auch von Juniorenweltmeister in der Nordischen Kombination

Manuel Faißt gab es Zustimmung zum Gesetz. Der Fernsehbericht des SWR ist hier zu sehen:

<http://www.ardmediathek.de/tv/Landesschau-aktuell-Baden-W%C3%BCrttemberg/Diskussion-zum-Anti-Doping-Gesetz/SWR-Baden-W%C3%BCrttemberg/Video?documentId=30638930&bcastId=254078>



Auf dem Bild: Manuel Faißt, Juniorenweltmeister in der Nordischen Kombination, Justizminister Heiko Maas; Johannes Fechner; Christoph Frank, Staatsanwalt bei der Scherpunktstaatsanwaltschaft Anti-Doping Freiburg und Richerbundvorsitzender

## **Gespräche mit südbadischen Bürgermeistern zur Rheintalbahn**

Zu einem Gespräch über den geplanten Antrag der Koalitionsfraktionen zum Aus- und Neubau der Rheintalbahn waren die Offenburger Oberbürgermeisterin Edith Schreiner, die Bürgermeister Fritz Deutschmann (Auggen), Heinrich Dixa (Ringsheim), Matthias Guderjan (Kenzingen), Tilman Petters (Lahr), Ernst Schilling (Herbolzheim), Astrid Siemes-Knoblich (Müllheim) sowie Vertreter/innen der Bürgerinitiativen am 1. Oktober in Berlin. Im Deutschen Bundestag trafen sie mit uns Wahlkreisabgeordneten und den Verkehrs- und Haushaltspolitikern zusammen.

Ich freue mich, dass auch die Haushaltspolitiker die Kernforderungen des Projektbeirats vom 26. Juni 2015, nämlich die autobahnparallele Trasse, den Offenburger Tunnel und verbesserten Lärmschutz unterstützen und sich für eine Finanzierung einsetzen.

Dafür ist die Entscheidung des Bundestages notwendig. Der Entwurf für einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen wird derzeit von den Arbeitsgruppen Verkehr und Haushalt beraten. Eine Beschlussfassung im Bundestag soll noch in diesem Jahr fallen. Nach dem entsprechenden Beschluss des Bundestages muss die Bahn ihre bisherigen Planungen einstellen und gemäß den Empfehlungen des Projektbeirates die Planänderungen und Neuplanungen beginnen.



*Die Delegation von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Vertretern der Bürgerinitiativen zum Thema Aus- und Neubau der Rheintalbahn traf sich in Berlin mit Abgeordneten aus der Region und den Fachpolitikern aus Verkehrs- und Haushaltsausschuss. Aufnahme: Marianne Pohl*

## **Plenarrede zum Angehörigenschmerzensgeld**

Am 24. September habe ich als rechtspolitischer Sprecher in der Debatte über Angehörigenschmerzensgeld gesprochen. Damit bekommen Angehörige einen eigenen Schmerzensgeldanspruch, wenn sie einen Angehörigen durch einen Unfall oder eine Straftat verlieren. Die Germanwings-Katastrophe hat gezeigt, wie wichtig eine eigene Anspruchsgrundlage ist. Das unwürdige Geschacher um Schmerzensgeldbeträge wollen wir durch eine klare Gesetzesregelung verhindern, weil dieses Gefeilsche Angehörigen in Zeiten der Trauer nicht zuzumuten ist.

Meine Rede ist hier zu sehen:

<http://www.bundestag.de/mediathek/?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=5849892&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB